

Aufruf der westfälischen Agrarier (Sezessionisten) (1893)

Kurzbeschreibung

Die konfessionellen Trennlinien zwischen Katholiken und Protestanten hinterließen ihre Spuren auch im politischen Bereich. Wahlen erlaubten es den Katholiken im Wilhelminischen Deutschland, ihrem Widerstand gegen den Kulturkampf Ausdruck zu verleihen, durch den Otto von Bismarck und seine parlamentarischen Verbündeten offen katholische Einrichtungen und Glaubenspraktiken angriffen. Dieser Konflikt bewirkte den Aufstieg des Zentrums, einer katholischen politischen Partei. Das Zentrum warb um die Unterstützung der agrarischen Wählerschichten, die in den frühen 1890er Jahren den wirtschaftlichen Konkurrenzdruck durch ausländische Getreideimporte zu spüren bekamen. Schutzzölle für landwirtschaftliche Erzeugnisse gehörten zu den Strategien, mit denen die Parteien die wirtschaftlichen Interessen der Landbewohner zu befriedigen versuchten.

Quelle

An unsere Mitbürger!

Der deutsche Reichstag ist aufgelöst, am 15. Juni finden die Neuwahlen statt. Schon lange lastet auf der heimathlichen Landwirtschaft, insbesondere auf dem Bauernstande, aber auch auf den Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden, mit welchen wir uns solidarisch fühlen, ein schwerer Druck, und es geht durch ihre Kreise eine Bewegung, welche in den letzten Monaten mit elementarer Gewalt hervorbrach um Abhülfe zu schaffen.

Die Handelsverträge mit ihrer Ermäßigung der Schutzzölle haben die Landwirtschaft geschädigt, der Industrie wenig genutzt. Der Preisrückgang, unter dem wir bis zur Herabdrückung unter die eigenen Produktionskosten leiden, wird durch die aufrechterhaltenen Staffeltarife für den billigen Getreidetransport vom Osten nach dem Westen verschärft, und verpflichtend, wenn noch ein Handelsvertrag mit Russland und Zollermäßigung an dessen Grenzen hinzukäme.

Der aufgelöste Reichstag hat den berechtigten, auch noch auf andere Gebiete sich erstreckenden Wünschen und Interessen der Landwirtschaft nicht genügend Rechnung getragen; es fehlte namentlich uns Westfälischen Landwirthen eine nach Zahl und Wirksamkeit genügende Vertretung in demselben. Die bevorstehende Neuwahl legt uns die Pflicht auf und giebt uns das Recht, Abhülfe zu fordern und, soweit es an uns liegt, solche zu schaffen.

Wir haben uns bis da von der Bildung einer eigenen Partei zur Erreichung dieser Ziele ferngehalten in dem Vertrauen, daß innerhalb der bestehenden Parteien, insbesondere auch der Centrumpartei unsere berechtigten Wünsche und Forderungen Berücksichtigung finden würden. Wir haben daher in der Versammlung der Vertrauensmänner der Centrumpartei für Westfalen zu Münster am 24. Mai unsere Klagen und Wünsche vorgetragen, und namentlich Garantien verlangt für angemessene Vertretung der vorwiegend landwirtschaftlichen Wahlkreise. Es genügt, für die Berechtigung unseres Verlangens darauf hinzuweisen, daß von den 9 Reichstagswahlkreisen Westfalens, welche Centrumsabgeordnete wählten, nur 2, von den 4 Reichstagswahlkreisen des Münsterlandes, trotz überwiegender landwirtschaftlicher Bevölkerung, *keiner* durch einen Landwirth im letzten Reichstage vertreten waren, während früher von den 9 Wahlkreisen 7 bzw. 8 einen Berufslandwirth als Vertreter hatten.

Unsere deßfallsigen bescheidenen Wünsche, wenigstens für zwei weitere Wahlkreise bei der bevorstehenden Reichstagswahl Landwirthe als Abgeordnete aufzustellen, sodaß von den 9 Wahlkreisen

4 von solchen vertreten würden, sind nun von der Versammlung der Vertrauensmänner der Centrumspartei Westfalens am 24. Mai durch Übergang zur Tagesordnung abgelehnt worden.

Damit ist die Nichtanerkennung unserer berechtigten Wünsche, die Zurückstellung der Lebensinteressen der Westfälischen Landwirtschaft hinter einen einseitigen Parteistandpunkt ausgesprochen.

Wir standen und stehen als Katholiken unentwegt fest und treu zu dem Programm der Centrumspartei in den religiös-politischen und christlich-socialen Fragen und folgen auch ferner der Fahne, die die *Mallinckrodt, Reichensperger, Windthorst, Schorlemer, Franckenstein, Ballestrem* aufgepflockt und hochgehalten haben. Wir wollen als freie deutsche Staatsbürger frei unseren katholischen Glauben ausüben können und verlangen Abschaffung aller dies noch hindernder Gesetze. Wir wollen aber auch als Westfälische Bauern, wie unsere Vorfahren, im Besitze unserer vererbten Höfe bleiben und unser bedrohtes Eigenthum nicht ohne den erbittertesten Kampf uns nehmen lassen. Deshalb verlangen wir, daß die Abgeordneten, denen wir unsere Stimme geben:

Festhalten in allen religiös-politischen und socialen Fragen an dem altbewährten Programm des Centrums.

Eintreten für den Schutz der produktiven Stände – des Bauernstandes, Handwerkerstandes und der kleinen Gewerbe durch Ablehnung jeder Zollermäßigung unserer Produkte, Sperrung unserer Grenzen gegen Einfuhr von Vieh aus verseuchten Ländern, Eintreten für Beschränkung des Börsenspiels mit den wichtigsten Nahrungsmitteln, für internationale Regelung der Währungsfrage, für Einführung des Befähigungsnachweises und obligatorischer Innungen, Beschränkung des Hausirhandels, Einschränkung der Militärhandwerkerstellen und der Zuchthausarbeit.

Eintreten für Verminderung der drückenden Militärlasten durch Einführung 2jähriger Dienstzeit, Schonung der älteren Landwehrmänner im Kriegsfall, Heranziehung der Wohlhabenden vom aktiven Dienst Befreiten zu einer entsprechenden Wehrsteuer.

Sicherstellung des Friedens durch die Erhaltung einer für die Verteidigung unserer Grenzen und den Schutz unseres Vaterlandes hinreichend starken Armee. Deshalb erwarten wir von unseren Abgeordneten, daß sie als freie Männer, entsprechend den alten bewährten Grundsätzen der Centrumspartei, sich nicht durch Versprechen vor der Wahl binden und binden lassen, sondern sich die freie Entscheidung darüber vorbehalten, was sie im Interesse des wahren Wohles des Vaterlandes für gut und zutreffend erachten.

Das ist unser Programm!

Dementsprechend haben wir unsere Candidaten aufgestellt.

Wir richten an die Grundbesitzer und Landwirthe die dringende Aufforderung, für die nach reiflicher Überlegung und eingehender Berücksichtigung der Wünsche der einzelnen Wahlkreise aufgestellten Candidaten nun auch mit aller Entschiedenheit einzutreten. Die gleiche Bitte richten wir aber auch an die Handwerker und kleineren Gewerbetreibenden, mit denen wir uns in gleichen Interessen verbunden fühlen, bereit, einen von ihnen, insbesondere von den Handwerkern aufzustellenden Candidaten für die nächste Reichtagswahl mit allen unseren Stimmen kräftigst zu unterstützen.

Wir treten in den Wahlkampf mit der altbewährten Devise: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht und in dem Bewußtsein, daß ein wirtschaftlich starker und zugleich religiöser Bauern- und Handwerkerstand die

kräftigste Stütze ist für Thron, Altar und Vaterland.

Darum, *Westfälische Mitbürger aus Stadt und Land!* zeigen wir, daß wir Westfalen die Kraft, den Willen und die Unabhängigkeit haben, für unser gutes Recht mit der uns Westfalen von Gott gegebenen Festigkeit und Zähigkeit einzutreten; lassen wir uns von Niemanden, – sei es wer es *wollte*, irre machen! treten wir alle, Mann für Mann, am 15. Juni an die Wahlurne und geben wir muthig unseren Candidaten unsere Stimme!

Diese unsere Candidaten werden wir, nachdem die einzelnen Kreiswahlkomitees über dieselben schlüssig geworden sind, benennen.

Quelle: Aufruf der westfälischen Agrarier (Sezessionisten) 1893; entnommen aus: *Günther Mees, Schorlemer-Alst und der Westfälische Bauernverein in der deutschen Innenpolitik*, vornehmlich der Jahre 1890–1894, phil. Diss. (ms.), Münster 1956, Anhang S.1–4.; abgedruckt in Ernst Heinen, *Staatliche Macht und Katholizismus in Deutschland*. Paderborn, 1969, S. 241–43.

Empfohlene Zitation: Aufruf der westfälischen Agrarier (Sezessionisten) (1893), veröffentlicht in: German History in Documents and Images, <<https://germanhistorydocs.org/de/das-wilhelminische-kaiserreich-und-der-erste-weltkrieg-1890-1918/ghdi:document-715>> [26.09.2025].